

**Michael Neumann und Anja Hajduk
zu den Themen Bürgerbeteiligung, Wilhelmsburger Reichsstraße und HQS
auf der Einwohnerversammlung am 27. Januar 2011 -
vor der letzten Bürgerschaftswahl (Transskription vom Audio-Mitschnitt)**

Michael Neumann zur WRS:

"Die Punkte, die Sie angesprochen haben sind genau die Punkte, die uns - zumindest mich - dazu geführt haben und führen werden, gemeinsam mit Metin Hakverdi der Fraktion vorzuschlagen, genau diesem Antrag des Senates bzw des Restsenates nicht zuzustimmen, dass wir dieser Bebauung nicht zustimmen. Die Fragen haben Sie zurecht aufgeworfen, es kann am Ende nicht sein, dass es den Menschen auf Wilhelmsburg schlechter geht, sondern es gibt klare Dinge - das Verkehrsgutachten haben Sie angesprochen als Erwartung, die ganze bauliche Frage- was die nördliche Abfahrt angeht - das hat mir Metin Hakverdi vor Ort gezeigt, so dass ich auch als Horner begriffen habe, worum es da geht und was da nicht funktionieren kann. Und von daher ist da die Position von uns klar: So wird es sie mit uns nicht geben und Sie haben auch völlig recht - wie auch manch andere Sache, die jetzt versucht wird auf den letzten Drücker noch durchzuzocken, ist das eben eine Entscheidung, die sehr schwer wiegt. Ich hab noch den Glauben und die Hoffnung, dass Beschlüsse der Bürgerschaft zwar gefällt werden können mit solchen Mehrheiten aber dass vielleicht ja durch Wahlentscheidung am 20. Februar andere Mehrheiten zustande kommen, die dann auch danach auch wieder für Ordnung sorgen können. Letzter Punkt noch - das will ich auch deutlich sagen - weil Sie von Wasserwerfern gesprochen haben: Polizei löst keine gesellschaftlichen Probleme und gibt keine politischen Antworten und ich weigere mich in so einem Bereich, die Polizei überhaupt in solche Problematiken reinzubringen. Deshalb muss das Problem von uns gemeinsam als Hamburger Politikerinnen und Politikern - mit Ihnen gemeinsam - gelöst werden und eben nicht in der Konfrontation. Das ist allerdings der Weg, den wir bisher gehabt haben. Mein Eindruck war - auch das was wir erlebt haben - wenn eine Behörde mit einem Plan in die Gespräche reingeht, mir wurde darüber berichtet - Frau Hajduk war ja häufig hier - hat sich einen Namen gemacht, wie ich sehe - dann muss auch Bereitschaft auf Bewegung auf beiden Seiten sein und man kann nicht mit Plan A reingehen und mit Plan A wieder raus gehn. Da muss es eben auch einen Plan B geben, den man gemeinsam entwickelt hat. Das ist der Weg, den ich für richtig halte und den wir hoffe ich dann auch im Frühjahr und Frühsommer gemeinsam erarbeiten werden."

Anja Hajduk zur Bürgerbeteiligung: "Die Essentials hier aus der Erfahrung sind, dass wir mit unserer Bürgerbeteiligung in Wilhelmsburg um das Verkehrskonzept gescheitert sind und ich da auch Fehler gemacht habe. Sonst wäre das ja nicht so, wie das ist."

In der Abschlussrunde:

Anja Hajduk: "Herr Roths Schuh hat ja sehr provokant aber auch pronounciert gesagt, dass er das als Drohung empfindet, wenn wir von Grüner Seite das Beteiligungsverfahren aufgreifen wollen. Ich hab hier das ehrlich gemeint, dass ich gesagt hab - obwohl ich das bedaure - dass ich ja das Fazit ziehen muss, dass das was wir als Beteiligung versucht haben, nicht geklappt hat und gescheitert ist, und ich

würde gerade aus den Erfahrungen, die ich hier ja auch gesammelt habe, in einen Koalitionsvertrag , wenn ich da etwas mit zusagen hätte, reinschreiben, das man eine Planung für die wirkliche Route der Hafenquerspange in einem Dialogverfahren in Wilhelmsburg diskutieren und abstimmen muss. Und ich hoffe, dass die, die das vielleicht mit uns zusammen vereinbaren müssen, dazu auch stehn".

Michael Neumann: "...wir werden am Ende Entscheidungen treffen müssen, die wollen wir mit Ihnen entwickeln, die wollen wir mit Ihnen diskutieren, wir wollen das know how, was hier vor Ort vorhanden ist, in viel stärkerem Maße als das in der Vergangenheit der Fall war, auch der SPD in den 44 Jahren vorher nicht gemacht hat, nutzen, aber Ende muss eine Entscheidung getroffen werden. ... Es muss dort eine Veränderung der Kultur geben, das wollen wir auch voranbringen, da sind wir auf jeden Hinweis, auf jede Hilfe angewiesen, aber es wird keine Entscheidung geben, in ganz Hamburg wie in Wilhelmsburg, die am Ende alle glücklich machen wird."